Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

306 (30.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 306 — Freitag, den 30. Dezember 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das deutsch-französische Handelsabkommen wird in Berlin und Paris günstig beurteilt.

*

Der Reichslandbund hat in einem Telegramm an den Reichskanzler die völlige Sperre der Buttereinfuhr gefordert.

*

Die französische Kammer begann die Debatte über die österreichische Anleihe, für die Frankreich 100 Millionen Schilling garantieren soll.

*

Bei den Radikalen in Frankreich ist es zu einem Konflikt über den Sturz Herriots gekommen.

*

Eine Schlagwetterkatastrophe im Fünfkirchener Steinkohlengebiet hat 13 Bergleute das Leben gekostet.

*

Das amtliche Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahngesellschaft veröffentlicht einen vorläufigen Jahresrückblick über die Ergebnisse der Deutschen Reichsbahn im Jahre 1932.

*

Im französischen Senat wurde das vorläufige Haushaltszwölftel mit 242 gegen 6 Stimmen angenommen, ohne daß Finanzminister Cheron die Vertrauensfrage zu stellen brauchte.

*

Das Dorf Tomatlan in der mexikanischen Provinz Jalisco wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am 19. Dezember durch ein verheerendes Erdbeben zerstört. 27 Personen wurden getötet und 50 verletzt.

*

Vor einigen Tagen ereignete sich an der dreifachen Grenze zwischen Polen, Rußland und Rumänien auf polnischem Gebiet zwischen polnischen und russischen Flugzeugen ein Luftgefecht. Eine russische Maschine kam über polnisches Gebiet, wurde von polnischen Fliegern angegriffen und abgeschossen. Die beiden Insassen fanden den Tod. Die zur Unterstützung des russischen Flugzeuges aufgestiegene russische Staffel von drei Flugzeugen kehrte darauf wieder auf russisches Gebiet zurück.

Die Welt an der Jahreswende

Politischer Rückblick 1932

Das Jahr 1932 stand auch in politischer Hinsicht ganz im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Sie war der letzte Beweggrund vieler Aktionen und die letzte Ursache zahlreicher Ereignisse, die dem nunmehr vor dem Abschluß stehenden Jahr das Gepräge gaben.

Die politische Stellung Deutschlands in der Welt hat sich im Laufe dieses Jahres erheblich geändert. Die Konferenz von Lausanne hat die ersehnte Liquidierung der Reparationen gebracht. Deutschland erklärte sich zu einer Abschlagszahlung von 3 Milliarden RM. bereit, womit sämtliche Tribute abgegolten sein sollen. Sichergestellt wird noch, daß für den Fall des Nichtinkrafttretens des Lausanner Abkommens nicht der Youngplan etwa wieder automatisch in Kraft tritt, sondern daß in einem solchen Falle eine neue Konferenz einberufen werden muß. Fassen wir zusammen: Die Tributfrage hat, wenn auch mit mancherlei Schönheitsfehlern, ihre vertragliche Lösung gefunden. Das Jahr 1932 kann hier mit Recht als ein Jahr des Fortschrittes bezeichnet werden. Nach einem schweren Kampf wurde endlich die Gleichberechtigung Deutschlands in der Wehrfrage anerkannt, wenn auch praktische Folgerungen daraus noch auf sich warten lassen werden. Diese beiden Momente bilden ein Aktivum in der politischen Bilanz des abgelaufenen Jahres.

Die Einigung von Lausane hat die politische Lage zur Jahreswende entscheidend beeinflußt. Wir waren erst kürzlich Zeugen eines erbitterten Kampfes der europäischen Schuldner Amerikas gegen ihren Gläubiger. Am 15. Dezember war die Zahlung der Kriegsschuldenrate fällig. Sämtliche Gesuche um Nachlaß oder Aufschub wurden von Amerika abgelehnt. Daraufhin haben Frankreich, Belgien und ein Randstaat die Zahlung verweigert. Der so entstandene Konflikt wird noch im nächsten Jahre allen Beteiligten viel zu schaffen geben.

Ein anderer wichtiger Faktor der Weltpolitik war im Jahre 1932 die Abrüstungskonferenz, die am 2. Februar in Genf eröffnet wurde. Sie hat bis jetzt zu keinem Erfolg geführt und hat ihre Aufgaben nicht gelöst. Sie trieb vielmehr das Spiel weiter, das die Tätigkeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission im Laufe der vielen Jahre bestimmte. Im Bestreben, faule Kompromisse zu erzielen, gab die Abrüstungskonferenz eine Position nach der anderen auf. Der Entwurf einer Abrüstungskonvention, der schließlich zustande kam, war in jeder Hinsicht ein Verjager. Schließlich sah sich Deutschland gezwungen, die Konferenz zu verlassen. Die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands bedeutet die Rückkehr der deutschen Vertreter zur Konferenz nach fast zehnmonatlicher Abwesenheit. Die weiteren Pläne Genfs sind noch dunkel. Es muß festgestellt werden, daß man nach rund elf Monaten Abrüstungskonferenz von der Abrüstung noch ebenso weit entfernt ist wie zuvor. Wenn nicht gar noch mehr.

Die Welt aber hat nicht den Atem angehalten, während in Genf und Lausanne um die Abrüstung und um die Tribute gekämpft wurde. Und auch die deutsche Außenpolitik hat Mühe und Not gehabt, schwere Vorstöße abzuschlagen und zu vereiteln. Die ganze Ohnmacht Deutschlands offenbarte sich noch einmal im Februar, als Litauen durch einen Staatsstreich das deutsche Memeldirektorium absetzte, den Landtag auflöste, zwei Monate später den deutschen Schulrat Meier wegen Hochverrats verhaftete und erst durch den Wahlsieg der deutschen Memelländer im Mai und durch den Spruch des internationalen Gerichtshofes im Haag in die Schranken gewiesen wurde. Der Vorstoß Tardieus zur Schaffung einer Wirtschaftsentente im Donauraum unter französischem Protektorat wurde auf den Konferenzen in London und Stresa vereitelt, während nicht verhindert werden konnte, daß Oesterreich sich im Juli in Genf einem Anleiheprotokoll unterwerfen mußte, das ihm den Anschluß noch einmal ausdrücklich bis 1942 untersagt. Der Preis dafür ist eine französische Anleihe von 100 Millionen Schilling, um die in den letzten Tagen des Jahres in der französischen Kammer gerungen wurde, weil Frankreichs wirtschaftliche und finanzielle Lage an diesem Jahresschluß viel ungünstiger ist als noch vor einem Jahre.

Viel böses Blut hat im Jahre 1932 die Lage im Fernen Osten gemacht. Nachdem die Japaner sich schon im September 1931 der Mandschurei bemächtigt, eröffneten sie im Jahre 1932 einen regelrechten Krieg gegen China, wenn auch ohne Kriegserklärung. Die Beschießung von Schanghai und dessen Vorort Tschapai wird eines der beschämendsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte bleiben. Noch beschämender ist aber die Gelassenheit, mit der diese barbarische Tat von den Außenstehenden aufgenommen wurde, und die erbärmliche Feigheit, mit der man in Genf gegenüber dem Angreifer Japan auftrat. Die Mandschureifrage blieb im Jahre 1932 ungelöst. Auch diese offene Wunde wird die Welt in das Jahr 1933 hinübernehmen müssen.

Eine weitere weltgeschichtliche Tatsache von einschneidender Bedeutung ist die Niederlage Hoovers bei der Präsidentschaftswahl des 8. November gewesen. Zum ersten Male seit dem Sturz Wilsons hat wieder ein Demokrat den Sieg davongetragen. Der neue Präsident Roosevelt wird erst am 4. März sein Amt antreten. Zur Zeit ist Amerika politisch stillgelegt. Aber der bevorstehende Regimewechsel in USA. warf bereits auf die letzten Monate 1932 seine Schatten voraus.

Einer besonderen Erwähnung wert ist die diplomatische Aktivität, die Rußland im Jahre 1932 entwickelte. Die Ergebnisse dieser Aktivität liegen bereits vor. Die wichtigsten von ihnen sind Rußlands Nichtangriffspakt mit Frankreich und mit Polen, ferner Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit China bei gleichzeitiger Besserung des Verhältnisses mit Japan und Fühlungnahme mit den Vereinigten Staaten. Moskaus außenpolitische Erfolge sind unbestreitbar. Ihnen gegenüber steht die Kündigung des russisch-englischen Handelsvertrages durch England und die Weigerung Rumäniens, den Nichtangriffspakt in der Art des russisch-polnischen und russisch-französischen zu unterzeichnen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Pakte Moskaus mit Paris und Warschau ohne Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen geblieben sind.

Alles in allem ist festzustellen, daß die großen Aufgaben, die im Jahre 1932 auf der Tagesordnung standen, ungelöst geblieben sind. Es konnten nur auf einzelnen Gebieten Teilerfolge erzielt werden, die durch Mißerfolge auf anderen Gebieten wettgemacht worden sind. So bleibt uns schließlich nur noch der Trost übrig, daß die politischen Beziehungen unter dem Druck der verschärften Wirtschaftskrise immerhin weniger gelitten haben als dies zu befürchten war. Dagegen blieb die Erwartung, daß diese Krise alle Länder zu einer gemeinsamen Kampffront gegen die Not vereinigen wird, unerfüllt.

Braun vom Urlaub zurückgekehrt

T.U. **Berlin**, 29. Dez. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, ist von seinem Weihnachtsurlaub zurückgekehrt.

Maßgebend für diesen Entschluß dürfte, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau" mitteilt, der erneut eingetretene Sturz der Butterpreise und die damit herbeigeführte weiterhin verschärfte Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gewesen sein. Die weiteren Agrarmaßnahmen, auch die Durchführung der Fett-Verordnung würden nunmehr mit aller erforderlichen Energie beschleunigt werden.

Forderungen des Handwerks

Der Zeitungsdienst des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks tritt in einem Jahresrückblick für weitgehende Forderungen des gewerblichen Mittelstandes ein. In diesem Rückblick werden u. a. die Forderungen des deutschen Handwerks auf Einschränkung der Gewerbefreiheit erwähnt. Danach soll die Ausübung eines Handwerksbetriebes von der Ausfertigung einer Handwerkerkarte abhängig gemacht werden, die auf der Grundlage der Handwerksrolle auszustellen ist. Ferner wird als Voraussetzung für die Ausübung eines Handwerksbetriebes die Berechtigung zur Führung des Meistertitels verlangt.

Zur Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung wird bemerkt, diese Rede habe die Bedenken des Handwerks nicht zu zerstreuen vermocht, daß eine unmittelbare Belebung der Wirtschaft nicht zu erwarten sei. Arbeitsbeschaffungsprogramme für die öffentliche Hand blieben doch immer „Krücken für die Wirtschaft". Die Regierung Papen habe durch die Bereitstellung von 50 Millionen RM. für Hausreparaturen eine recht günstige Teilbelebung der Wirtschaft erreicht. Dieser Weg sollte mit aller Energie weiter beschritten werden.

Zum Schluß heißt es, der Reichsverband des deutschen Handwerks habe die **Errichtung eines besonderen Reichsministeriums für den gewerblichen Mittelstand** gefordert.

Ein amtliches Dementi zur Fett-Verordnung

T.U. **Berlin**, 29. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: „Die Behauptung eines Berliner Abendblattes, daß der Herr Reichspräsident besonderen Einfluß auf den Erlaß der Verordnung zur Neuregelung der Fett-Wirtschaft genommen habe, stellt sich nicht nur als eine in Form und Inhalt bedauerliche Entgleisung dar, sondern entspricht auch in tatsächlicher Beziehung in keiner Weise der Wahrheit. Die fragliche Verordnung ist von den zuständigen Ministern einzig und allein aufgrund des vorliegenden sachlichen Materials ausgearbeitet und aufgrund einmütigen Kabinettsbeschlusses vom Reichskanzler dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt worden. Der Herr Reichspräsident hat sich den ihm vorgetragenen Gründen, die gestern auch amtlich bekannt gegeben worden sind, nicht verschlossen und die Verordnung alsdann unterzeichnet."

Das deutschnationale Aufbauprogramm

Die Reform der Handelspolitik.

T.U. **Berlin**, 29. Dez. Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei fahren mit der Veröffentlichung der auf der letzten Vorstandssitzung der D.N.V.P. angenommenen Richtlinien für die Behebung der deutschen Not fort.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert seit Jahren einen Kurswechsel unserer Handelspolitik, die einer grundsätzlichen Umstellung bedarf. Nach dem Raub seines Auslandsvermögens ist Deutschland gezwungen, unter allen Umständen aus seinem Außenhandel einen Ausfuhrüberschuß herauszuwirtschaften, um seine gewaltigen Außenschulden (zur Zeit noch über 20 Milliarden) abzahlen zu können. Sobald der Ausfuhrüberschuß zurückgeht, ist die deutsche Währung gefährdet. Die durch die deutsche Ausfuhr erworbenen fremden Zahlungsmittel (Devisen) müssen in erster Linie zur Bestreitung der notwendigen Einfuhr verwendet werden. Notwendig ist die Einfuhr ausländischer Rohstoffe für die deutsche Industrie. Ohne diese Einfuhr können wir weder den deutschen Inlandsbedarf befriedigen, noch die deutsche Ausfuhr aufrecht erhalten. Die Rohstoffeinfuhr wird in Zukunft größere Ansprüche an Devisenbewilligung stellen müssen. Erst in zweiter Linie können nicht notwendige Einfuhrbedürfnisse, z. B. an Lebensmitteln befriedigt werden. Die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft und die durch sie hervorgerufene Arbeitslosigkeit verlangt gebieterisch eine Beseitigung der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die wir in Deutschland erzeugen, bezw. überhaupt entbehren können.

Mit diesen nationalwirtschaftlichen Interessen tritt drittens das Währungsinteresse zusammen, weil nur durch planmäßige Senkung überflüssiger Einfuhr und Steigerung des deutschen Industrieexportes der für den Schuldendienst erforderliche Devisenbedarf gedeckt werden kann. Das Mittel zu einer solchen Umstellung der Handelspolitik können die Handelsverträge mit dem Grundsatz der allgemeinen Meistbegünstigung nicht bieten. Denn nach diesem System ist eine wirksame Regelung der Einfuhr unmöglich. Auch die Devisenzwangswirtschaft bietet keinen Ersatz, da sie mehr oder weniger schematisch vom Devisenbedarf der einzelnen Firmen in der Vergangenheit ausgeht. Eine staatswirtschaftliche Regelung des Außenhandels ist nur von der Warenseite her möglich. Die Wirkung der Zölle hat zu einem großen Teil versagt und nach den gesamten weltwirtschaftlichen Verhältnissen versagen müssen. Die Mehrzahl der europäischen Staaten ist bereits zu Kontingentierungen, d. h. zur mengenmäßigen Regelung der Einfuhr aus den einzelnen Bezugsländern übergegangen. Dieses System ist das einzige, das zur Zeit wirkliche Rettungsmöglichkeiten bietet. Die Kontingentspolitik bietet auch die Möglichkeit, die einzelnen Länder in dem Maße verschieden zu behandeln, der ihrer Bedeutung als Kunden Deutschlands entspricht. Auf diesem Wege werden die schwerwiegenden Fehler vermieden, die die Reichsregierung bisher bei den Versuchen, zu Kontingenten zu gelangen, gemacht hat. Jede Regelung des Außenhandels aber bleibt unvollkommen, wenn nicht durch ein Schuldenabkommen die Last der deutschen Außenschulden auf ein der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechendes Maß herabgesetzt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die deutsch-französischen Handelsvereinbarungen

Zu den im Auswärtigen Amt unterzeichneten deutsch-französischen Handelsvereinbarungen erfährt der Contidienst über das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag von zuständiger Stelle:

Die ersten vier Artikel dieses Abkommens regeln die **Frage der Meistbegünstigung.** Praktisch ist die gegenseitige Meistbegünstigung voll aufrecht erhalten worden. Die gegenseitig meistbegünstigten Waren sind in zwei Listen enthalten, die dem Abkommen beigefügt sind. Von der Meistbegünstigung ausgenommen sind lediglich solche Waren, an denen die Vertragspartner kein Interesse haben Beispielsweise ist für Deutschland ausgenommen die Ausfuhr von Johannisbrot und Bananen nach Frankreich.

Der wichtigste Artikel des Abkommens ist dann der Artikel 5, der die Bestimmungen über die **Auflockerung der Tarifanlagen des Handelsvertrages** enthält. Die Neuregelung ist so, daß zwar die Listen des alten Abkommens aufrecht erhalten bleiben und keine Aenderung der Sätze festgelegt ist, aber jedem Vertragsteil ist die Möglichkeit gegeben, einzelne oder mehrere Positionen mit 14tägiger Frist aufzukündigen. Diese Aufkündung darf jedoch nicht willkürlich erfolgen, sondern es ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß der betroffene Vertragsteil Verhandlungen beantragen kann, wenn er glaubt, daß durch die Kündigungen das Gleichgewicht verschoben worden ist. Bei diesen Verhandlungen sollen dann auch die Gegenmaßnahmen des betroffenen Vertragsteiles erörtert werden. Falls es dabei nicht binnen zehn Tagen zu einer Einigung kommt kann der betroffene Vertragsteil auf dem ganzen Gebiete der Listen Zollerhöhungen vornehmen. Das Ausmaß dieser Zollerhöhungen darf aber den anderen Teil nicht stärker belasten, als dessen Kündigungen ausmachen.

Im Artikel 6 des Zusatzabkommens sind die **Ausnahmen von der Meistbegünstigung neu geregelt.** Der Artikel enthält außer den alten Bestimmungen über den sogenannten kleinen **Grenzverkehr** auch eine **Währungsschutzklausel,** wonach bei einer Verschiebung der Währung des einen Teiles gegenüber derjenigen des anderen Teiles um mehr als 10 Prozent Zollzuschläge erhoben werden können. Ferner enthält der Artikel 6 Bestimmungen in bezug auf die Abmachungen der Konferenz von Stresa, denen zufolge die auf dieser Konferenz vereinbarten Zollvergünstigungen nicht ohne weiteres auf die Vertragspartner Anwendung finden. Artikel 7 regelt die Frage der Wiederausfuhr und Artikel 8 legt die Gleichstellung der Ursprungserzeugnisse der Handelskammern mit denen der Landwirtschaftskammern fest. Im Artikel 9 sind schließlich die üblichen Schlußformeln enthalten.

Schließlich wurde noch ein sogenanntes **Devisenabkommen** unterzeichnet, das den üblichen Inhalt über die Bezahlung der Waren der Vertragspartner hat und nach dem Muster des deutsch-schwedischen Devisenabkommens gefaßt ist.

Die **agrarischen Interessen** spielten eine geringere Rolle, weil die Gesamteinfuhr Frankreichs nach Deutschland in solchen Erzeugnissen nur etwa 9 Millionen RM. in den angelaufenen dreiviertel Jahren von 1932 ausmachte. Das neue Abkommen bringt eine interessante und neuartige Methode, um ohne Vertragskündigung beiderseits zu einer gewissen Handlungsfreiheit zu gelangen und stellt ein für die gegenwärtigen labilen, wenn auch nicht für normale Verhältnisse geeignetes Experiment dar Es erhält den Vertrag aufrecht, dessen Ausfall angesichts der zahlreichen Durchlöcherungen des Handelsvertragssystems sehr unerwünscht gewesen wäre, besonders auch, weil der Export nach Frankreich in Goldvaluta und **ohne** Devisenrestriktionen bezahlt wird.

*

Das französische Außenministerium zu dem Handelsabkommen mit Deutschland.

T.U. **Paris,** 29. Dez. Wie bereits kurz gemeldet, hat der Abschluß des deutsch-französischen Handelsabkommens in Pariser politischen Kreisen sehr befriedigt. In einer vom Außenministerium herausgegebenen Verlautbarung wird die Bedeutung des Abkommens unterstrichen und dem versöhnlichen Geist, der auf beiden Seiten während der Verhandlungen geherrscht hat, besonderes Lob gezollt. Das neue Abkommen werde sicherlich dazu beitragen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch enger zu gestalten.

Handelsminister Durand wies ebenfalls auf die große Bedeutung des Abkommens hin, das den Auftakt zu einer ganz neuen Orientierung der französischen Wirtschaftspolitik darstelle.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 29. Dezember.

Bad. Landestheater: „Die endlose Straße", 20—22¾ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Hallo, Hallo, hier spricht Berlin", 7 und 9 Uhr.

Der österreichische Anleiheplan

vor der französischen Kammer

Paris, 29. Dez. Die Kammersitzung, auf deren Tagesordnung der österreichische Anleiheplan steht, für den der französische Staat **einen Betrag von 100 Millionen Schilling garantieren** soll, begann mit einem Angriff des Abgeordneten Louis Marin, der die Gelegenheit benutzte, sämtliche Argumente gegen die Vorlage anzubringen, die von der rechtsstehenden französischen Presse angeführt worden waren: Frankreichs Finanzlage sei mehr als schlecht, und nachdem man die Amerikaner nicht bezahlt habe, könne man unmöglich an die Oesterreicher Geld geben, um so weniger, als Oesterreich ein Faß ohne Boden sei, und irgend welche Garantien gegen den Anschluß illusorisch blieben. Der Generalberichterstatter Lamoureux wies darauf hin, daß das Protokoll vom 15. Juli ausdrücklich an die Verpflichtung des Protokolls von 1922 erinnere, nach dem Oesterreich versprach, seine Unabhängigkeit nicht zu veräußern und von jeder wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlung abzusehen, die diese Abhängigkeit gefährden könnte. Die Anleihe werde von den Sachverständigen als geeignetes Mittel angesehen, die österreichische Wirtschaft ein für allemal zu sanieren. Nach Lamoureux befürwortete im Namen des auswärtigen Ausschusses der Abgeordnete Vienot die Anleihe. In der allgemeinen Aussprache bekämpfte der Kommunist Peri die Vorlage. Nicht weniger scharf wandte sich gegen sie der ehemalige Finanzminister Flandin. Er verwahrte sich gegen die mögliche Schlußfolgerung, daß etwa er und seine Freunde damit irgend eine Feindseligkeit gegenüber Oesterreich, seine Regierung oder seine Politik äußern wollten. Er sprach von der „deutschen Karte", die Bundeskanzler Schober mit seinem Zollunionsplan zum Schaden Oesterreichs ausgespielt habe. Heute gelte es, nicht nur die österreichischen Finanzen zu sanieren. Jetzt solle das Ausland wieder Geld geben für den Zweck, diese ausländische Bank zu sanieren. Diese Aeußerung Flandins wurde Anlaß zu zahlreichen Zwischenrufen und scharfen Auseinandersetzungen mit verschiedenen Abgeordneten der Linken. Flandin vertrat die Ansicht, daß die gegenwärtige Anleihe nicht ausreichen werde, um Oesterreich zu sanieren. Die Lage Oesterreichs sei unlösbar, so lange die gegenwärtige wirtschaftliche Belastung anhalte. Es sei auch falsch, zu behaupten, daß die Anleihe die Friedensgarantie auf 20 Jahre verlängere, denn Oesterreich habe das Recht, sich von seinen Verpflichtungen in zehn Jahren zu befreien. Ueberdies sei zu befürchten, daß die österreichische Regierung immer noch nicht die Zollunion mit Deutschland aufgegeben habe.

*

Französische Garantie für die österreichische Anleihe von der Kammer genehmigt.

T.U. **Paris,** 29. Dez. Die französische Kammer hat in den späten Abendstunden den Gesetzesvorschlag der Regierung über die Garantie für die österreichische Anleihe mit 352 gegen 188 Stimmen angenommen. Der Ministerpräsident hatte die Vertrauensfrage gestellt. Der Zusatzantrag des Abgeordneten Marin, den Zinssatz auf das in Frankreich übliche Maß herabzusetzen, wurde schon vorher mit 387 gegen 189 abgelehnt. Damit ist die Entscheidung nunmehr dem Senat überlassen worden.

Ministerpräsident Paul Boncour erklärte vor der Abstimmung, daß er eigentlich gehofft hatte, die Vertrauenfrage nicht stellen zu müssen, daß er aber diejenigen habe decken wollen, die dafür stimmten, weil er der Ueberzeugung sei, daß es sich um den Eckstein des Gebäudes handele, dessen Einsturz er verhindern wolle.

Dr. Geßler über das Nationalitätenproblem

Berlin, 29. Dez. Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, dem Reichsminister a. D. Dr. Geßler, dem Vorsitzenden des Vereins für das Deutschtum im Auslande über das Nationalitätenproblem zu sprechen. Dr. Geßler wies auf den Umfang des Unrechtes hin, das in den letztvergangenen 14 Jahren deutschen Minderheitengruppen im Auslande angetan worden ist. Er sagte, es seien in dieser Zeit **weit über 7000 muttersprachliche Schulen der Minderheiten geschlossen worden;** während im ganzen 19. Jahrhundert nur etwa 10 Gotteshäuser von Mehrheitsvölkern beschlagnahmt worden seien, habe man allein in dieser kurzen Zeit **2500 Kirchen den Minderheiten zwangsweise genommen,** anderen Zwecken zugeführt, selber benutzt, geschlossen oder zerstört. In diese Zahl seien die in Rußland enteigneten Gotteshäuser nicht einbegriffen. Alle Minderheiten insgesamt seien im gleichen Zeitverlauf **12 Millionen Hektar Land enteignet worden.** Diese 120 000 Quadratkilometer überträfen die rund 70 000 Quadratkilometer Boden, die Deutschland durch den Gewaltfrieden verloren habe, bei weitem. Deutsches Volkstum habe also im Auslande weit mehr Bodenbesitz verloren als das deutsche Reichshoheitsgebiet. Diese wenigen erschütternden Beispiele bewiesen klar, daß **eine europäische Zusammenarbeit ohne ein zuvor annähernd anständig gelöstes Minderheitenproblem nicht denkbar sei.**

Ein neuer herausfordernder Schritt

Kaplan Gillis ohne Begründung sofort über die Grenze abgeschoben.

T.U. **Aachen,** 29. Dez. Der am heutigen Donnerstag abend dem reichsdeutschen Kaplan Gillis aus Eupen zugestellte Ausweisungsbefehl aus Belgien war angesichts der Haltung der Bevölkerung, die dem Geistlichen in hohem Maße zugetan war, bis Freitag abend 12 Uhr befristet worden. Für Donnerstag abend hatten nun der Gesangschor und der Jünglingsverein Eupen, dessen Präses der Ausgewiesene war, eine Ehrung des scheidenden Kaplans geplant. Gegen 15.45 Uhr am Donnerstag erschienenen jedoch in der Wohnung des Ausgewiesenen zwei belgischen Gendarmen in Zivil, die ihn aufforderten, ihnen zu folgen. Kaum eine Viertelstunde Zeit hatte der Kaplan, um seine notwendigsten Sachen zu packen. Zunächst begleiteten die beiden Gendarmen ihn zum Bürgermeisteramt, wo ihm seine Papiere ausgehändigt wurden, darunter auch der Ausweisungsbefehl, dessen ursprüngliches Datum 30. Dezember in 29. Dezember umgeändert war. Er wurde dann in Begleitung der beiden Gendarmen in einem Auto an die deutsche Grenze gebracht, wo er abgesetzt wurde.

Von hier aus hat der Kaplan mit der Straßenbahn seine Fahrt nach Aachen fortgesetzt, wo er vorläufig bei Verwandten verweilt, um sich am Freitag dem Bischof von Aachen zur Verfügung zu stellen.

Offenbar wollte die belgische Behörde mit der plötzlichen Ausweisung verhindern, daß — wie mit Sicherheit vorauszusehen war — die Eupener Bevölkerung sich an der Abschiedskundgebung für den Geistlichen in größtem Ausmaß beteiligte.

Zu dem Ausweisungsbefehl ist noch zu sagen, daß die Angaben des bekannten belgischen Blattes „Grenzecho", dem jetzt Ausgewiesenen sei bereits vor einiger Zeit bekannt gegeben worden, daß er das Land verlassen müsse, wenn er seine Ausweisung vermeiden wolle, nicht stimmten. Kaplan Gillis ist niemals eine solche Mitteilung in amtlicher Form zugegangen. Auch trifft es nicht zu, daß es sich, wie von interessierter Seite behauptet wurde, um eine Stelle in einer der deutschen Nachbardiözesen beworben habe und daß er nur in Eupen geblieben sei, weil seine Ernennung sich verzögert habe. Gillis hat niemals solche Schritte unternommen. Im übrigen bewahrheitet es sich, daß der Bischof von Lüttich sich sehr für den Ausgewiesenen eingesetzt hat, aber gegen die politische Polizei nichts ausrichten konnte.

Kaplan Gillis war im Kriege Feldgeistlicher gewesen und hatte sich gleich nach seiner Rückkehr aus dem Felde um eine Stelle in seiner Heimat bemüht, die ihm auch damals von der Diözese Eupen-Malmedy zugesagt wurde. Zunächst ist ihm aber dann die Einreiseerlaubnis verweigert worden. Später ist dann eine Anfrage von Lüttich aus an ihn ergangen, ob er zur Annahme bereit sei. Er hat daraufhin eine Kaplanstelle in Eupen übernommen.

Ausweisungen ausländischer Kommunisten

T.U. **Berlin,** 29. Dez. Berliner Blätter berichten, daß in diesen Tagen zahlreiche in Berlin lebende ausländische Kommunisten wegen ihrer politischen Betätigung ausgewiesen oder mit Ausweisungen bedroht worden seien. Von unterrichteter Seite erfährt die Telegraphen-Union, daß in der Hauptsache aus fremdenpolizeilichen Gründen eine Anzahl Ausweisungen erfolgten. Bei den Ausweisungen ist zweifellos der Gesichtspunkt allein maßgeblich, daß für kommunistische Journalisten, die nicht Reichsdeutsche sind und sich hier staatsfeindlich betätigen, in Deutschland kein Raum mehr ist. Allein so ist auch die Ausweisungsandrohung zu verstehen, die der Berichterstatter der kommunistischen Berliner Tageszeitung „Berlin am Morgen", Popper, der tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist, vom Berliner Polizeipräsidenten erhalten hat. Der Zwischenfall, den kürzlich dieser kommunistische Berichterstatter mit dem ehemaligen B.V.G.-Direktor Brolat hatte und bei dem es zu Tätlichkeiten kam, steht selbstverständlich mit dieser Ausweisungsandrohung in keinerlei Zusammenhang.

Auslieferungsantrag im Falle Hentsch

T.U. **Dresden,** 29. Dez. Wie von amtlicher Seite verlautet, wird der Auslieferungsantrag in der Mordsache Hentsch noch heute (Freitag) vom sächsischen Justizministerium fertiggestellt und den zuständigen Stellen in Berlin übermittelt werden.

Zunächst werden Reichsinnen- und Reichsjustizministerium zu prüfen haben, ob es sich im Falle Hentsch um ein politisches oder um ein gemeingefährliches Verbrechen handelt und dann den sächsischen Antrag an das Auswärtige Amt weiterleiten, das ihn der deutschen Botschaft in Rom zur Weitergabe an die italienische Regierung zustellt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Der letzte Einsatz.

Roman von Georg Urbat.

Copyright 1932 by Romanvertrieb E. Kuklik, Halle-Saale.

(Nachdruck verboten.) 2

„Mein Geheimnis!" antwortete der lachend. „Uebrigens, ich glaube, wir können bei dem Du bleiben. Das heißt, wenn es dir angenehm ist und du mich in eure Familie mit aufnehmen willst!"

Du sagen — in die Familie mit aufnehmen? Krampfhaft suchte ihr Köpfchen eine Erklärung zu diesen räteselvollen Worten.

Aber es brauchte sich nicht lange zu quälen. Aus einem der Sessel erklang eine Stimme ein wenig gereizt, ein wenig überlegen: „Und mir willst du nicht guten Tag sagen, Bärbel?"

Barbara schaute hin. Zurückgelehnt in dem tiefen Sessel lag da, mehr als sie saß, ihre Schwester. In schimmernder, rätselvoller Blässe hob sich ihr schönes Gesicht von dem dunkelroten Plüsch des Sessels ab. Lässig lagen ihre bloßen, weißen Arme auf der Lehne. Das tiefe Halbdunkel des Zimmers machte ihre Erscheinung noch reizvoller, ja verführerisch.

Wie schön sie doch ist! flog es durch Bärbels Köpfchen. Ein Gefühl des Neides wollte aufsteigend an ihrem jungen Herzen nagen. Sie befreite ihre Hand und ging zur Schwester. „Guten Tag, Adele!" sagte sie freundlich. „Es ist wirklich nett, daß ihr uns so überfallen habt."

„Ich wollte es so!" sagte die Schwester gedehnt. „Und Harro fand den Gedanken sehr lustig. Uebrigens, du darfst uns auch gratulieren. Harro und ich haben uns gestern verlobt!"

Etwas von unten herauf griff kalt zu Bärbels Herzen. Ihre Hand fiel schlaff herab. Doch sie riß sich zusammen. „Meinen Glückwunsch, Adele!" sagte sie leise. „Möget ihr recht glücklich miteinander werden. So wie es Vater mit Muttchen gewesen ist."

Sie beugte sich über die Schwester und küßte sie auf den Mund.

Als sie aufschaute, sah sie die glücklichen, leuchtenden Augen ihrer Mutter und fand, daß alles, die Verlobung und ihr Kuß, gewiß richtig und gut war.

Aber da stand leuchtenden Auges noch ein anderer, der Harro. Ueber sein scharfgeschnittenes Reitergesicht zuckte es übermütig. So wie sie es von früher kannte, als sie noch ein kleines, kleines Mädel war und er ein großer Junge, der auf einmal aus ihrem Gesichtskreis verschwand und dann als flotter, junger Offizier hin und wieder auf Urlaub kam.

Sie mußte fortschauen. Sie konnte diese glückerfüllten, übermütigen Augen nicht sehen, als sie ihm die Hand reichte und einen kurzen Glückwunsch leise hersagte:

Er aber rief: „Wie? Diese paar Worte sollen mir genügen? Gehöre ich nicht schon zur Familie?"

Lachend nahm er sie in seine Arme und küßte sie fest auf den Mund, wie es übermütige Männer in Stunden jungen Lebensglückes mit neuen Anverwandten wohl tun. Einen Gedanken lang wunderte er sich, wie schwer das Mädchen in seinen Armen hing. Zu ihren Herzen aber schoß ein starker, heißer Strom und wieder zurück, der sie wanken machte und die Augen schließen ließ.

In diesen kurzen Augenblicken schwor sie sich: Noch nie hatten die Lippen eines Mannes ihren jungen Mund berührt. Nie wieder würde sie es geschehen lassen.

Als er sie mit seinem übermütigem Lachen freigab, sah sie die Augen der Schwester scharf, mit wachem Mißtrauen auf sich gerichtet. Sie zwang sich ein rasches, schwaches Lächeln ab. Mit der Hand strich sie über die Stirn, als ob sie da noch etwas verscheuchen müsse. Mit überstürzenden Worten sagte sie aber: „Es ist doch eigentlich großartig, daß heute alles so gekommen ist. Da können wir gleich ein dreifaches Fest feiern. Da war zuerst der Rex, dann kam die Suse und nun ihr. Ich muß doch mal sehen, wie weit Mamsell Höpfner mit dem Kuchen ist."

Damit lief sie schnell aus dem Zimmer und hörte nicht mehr das dreistimmige Lachen, das ihr folgte.

Sie lief aber nicht in die Küche. Ins Büro ging sie. Dort, wo früher der Vater an dem großen Sekretär immer gesessen und wo jetzt stets die Mutter mit so sorgenvoller Miene saß, daß ihr immer das Herz weh tat, wenn sie es sah.

Dorthin ging sie. Da war es auch halbdunkel. Da konnte sie niemand sehen. Lange saß sie vor der Platte des alten Sekretärs. Die rechte Hand hielt den schmerzenden Kopf, die andere preßte sich auf das klopfende Herz. Ihre Gedanken riefen ihr aber zu: So, nun weißt du es. Du hast ihn immer liebgehabt, den Harro. Als ganz kleines Mädel, als Backfisch, und jetzt — jetzt weißt du es, was du immer nicht wahrhaben wolltest. Und jetzt liebt er deine Schwester und wird dein Schwager. Und deine Liebe darf nicht mehr sein, darf nicht mehr sein! 1

Zwei große Tränen tropften auf die Platte des alten Sekretärs.

Sie erschrak. „Heulliese!" sagte sie zu sich selbst. Mit raschen Bewegungen trocknete sie ihre Augen. Dann stand sie auf. Ihr junges Gesicht war feierlich und ernst.

„Er soll es gut haben in unserer Familie als mein — Schwager!" sagte sie leise vor sich hin.

Es klang wie ein Gelübde.

Dann ging sie, um Mamsell Höpfner nach dem Kuchen zu fragen.

Zweites Kapitel.

Es war also Geburtstag auf dem Gute Nettienen, da hoch oben auf dem rechten Ufer des weiten Flußtales der Inster und Angerapp. Doch war es kein Geburtstag, der nur die Familie anging und der sonst auf der großen hinteren Veranda gefeiert wurde, die so einen wunderbaren Ausblick auf die ferne Stadt Insterburg bot, nein, es war eine Geburtstagsfeier, die auf den Hof gehörte.

So war denn auch unter einer der großen Linden, an der Hofseite des Gutshauses, ein langer Kaffetisch gedeckt. Obenauf saß natürlich „Muttchen", wie es sich gehörte, deren Gesicht heute so froh ausschaute, und die ihre Blicke immer wieder leuchtend und voller Stolz auf das junge Brautpaar an ihrer Seite lenkte. Dann saß da auch Mamsell Höpfner, die sich härmte, daß ihr Kuchen so ein richtiger Notstandskuchen werden mußte, mit viel zu wenig Rosinen und Mandeln, weil eben auf Nettienen gespart werden mußte. Aber sie wußte die Ehre vollauf zu würdigen, daß ihr Geburtstagskuchen nun auch gleichzeitig ein Verlobungskuchen geworden war.

Gesetzt und würdig saß sie da. Verstohlen musterte sie den Harro und wunderte sich immer wieder, was doch aus diesem langen, schlaksigen Pfarrerssohn aus dem benachbarten Georgenburg für ein flotter Offizier geworden war.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg